

Sächsische Vollzeitung

Redaktion: Dresden-N., Völkerschloß 17, Fernruf 20711 u. 21012
Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania-Verlagsdruckerei und
Verlag T. G. Winkel, Völkerschloß 17, Fernruf 21022,
Vertrieb: Nr. 1025, Bank: Sparkasse Dresden Nr. 94787

Freitag, 5. Juli 1935

Im Falle von höherer Gewalt, Verbot, einleitender Betriebs-
störungen hat der Verleger oder Inhaber keine Anspruchs-
pflicht, falls die Zeitung im beschränkten Umfange, verpöblich
nicht erscheint. — Verlagsort Dresden.

Italien gegen Londoner Einmischung

Die norditalienische Presse weist die Vermittlungsbemühungen der englischen Regierung im Abessinien-Streit zurück

Hestige italienische Angriffe gegen Eden

Weltwirtschaft am Scheidewege

Mailand, 4. Juli.
Die norditalienischen Blätter beschäftigen sich sehr eingehend mit der Haltung Englands und melden, daß die Vorschläge zur Italienisch-abessinischen Streitfrage schärfsten Widerspruch in England selbst und in der ganzen Welt hervorgerufen hätten. Wenn die englische öffentliche Meinung einhellig hinter den umflügelnden Versuch der englischen Regierung, sich in die gerechte italienische Aktion in Ostafrika einzumischen, stände, schreibt Corriere della Sera, dann müßte man wirklich über die Zukunft der Beziehungen zwischen den beiden Staaten Besorgnis hegen. Aber glücklicherweise sei der Widerstand eines großen Teiles der britischen Presse gegen die sonderbare Diplomatie des Herrn Eden so stark, daß er Italien erlaube, eine klare Unterscheidung zwischen Land und Regierung zu machen. Sogar in der englischen Regierung scheine keine Einheit zu herrschen, denn

es bestehe ein beträchtlicher Gegensatz über die Gestaltung der Beziehungen zum Völkerbund zwischen Hoare und Eden. Der Gedanke, Abessinien einen äußerst wichtigen Streifen der Somalilüste gegen die Anerkennung der italienischen Oberhoheit über die Wüste von Ogaden zu überlassen, scheine den Welt der Träume zu entstammen. Es hieße, dem Weg der Zivilisation ein Hindernis bereiten, wollte man Genuß zwischen Italien und die Lösung der abessinischen Frage setzen. In London möge man sich nicht einbilden, daß Drohungen, wie die Sperrung des Suezkanals oder die Bildung eines wirtschaftlichen Blocks gegen Italien, geeignet seien, Italien von einer Aktion abzubringen, zu der es durch die Ehre seiner Fahne verpflichtet sei. Es gebe Grenzen, über die hinaus die Einmischung einer anderen Macht, wenn sie sich auch in den Mantel der Scheinheiligkeit des Völkerbundes einhülle, durchaus unzulässig sei.

Als eine Erinnerung und gleichzeitig als eine Hoffnung hat Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht vor kurzem die gesunde Weltwirtschaft bezeichnet. Eine Reihe neuerer amtlicher Statistiken und der in der vorigen Woche in Paris stattgefundene Kongress der Internationalen Handelskammer haben erneut gezeigt, wie schwach die Grundlagen sind, auf der diese Hoffnung vorläufig noch beruht. Sie haben gleichzeitig mit großer Deutlichkeit erkennen lassen, daß sich die Weltwirtschaft an einem Scheidewege befindet. Treibt die Entwicklung in der bisherigen, durch wachsende Zollmauern, Kontingente, Devisenzwangswirtschaft und Währungsunsicherheit gekennzeichneten Form weiter, so müssen die Abschließungstendenzen, die die Welt immer mehr in engbegrenzte, im wesentlichen auf sich selbst angewiesene Wirtschaftsräume zerlegen, weiter zunehmen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß auf diese Weise dem Weltmarkt der Todesschlag verfehlt werden würde. Die Internationale Handelskammer geht sogar soweit, zu behaupten, daß eine weitere Ausbreitung der Politik der Selbstgenügsamkeit den sicheren Untergang gewisser Wirtschaftstreibender Völker herbeiführen wird.

Lebhafte Erörterung in der englischen Presse

Das englische Kabinett für Aufrechterhaltung der Völkerbundsautorität im Italienisch-abessinischen Streit

London, 4. Juli.
News Chronicle hört, das Kabinett sei einstimmig der Meinung gewesen, daß die Autorität des Völkerbundes im Italienisch-abessinischen Streit aufrecht erhalten werden müsse. Endgültige Beschlüsse hinsichtlich der Schritte, die im Falle eines italienischen Einmarsches in Abessinien getan werden sollten, seien nicht gefaßt worden. Der Gedanke, daß im äußersten Notfall kollektive wirtschaftliche Sanktionen einem Verstoß des Völkerbundes vorzuziehen wären, habe einige Unterstützung im Kabinett gefunden, doch seien die Minister in diesem Punkt keineswegs einer Meinung.

und andere Dinge so große Erbitterung in Paris hervorgerufen hätten.

Der französische Korrespondent des Daily Telegraph (Perrinax) meldet aus Paris, der Generalsekretär des Völkerbundes Auenol werde nächste Woche London besuchen, um die abessinische Frage zu erörtern. In Paris empfinde man großes Unbehagen über die Vorschläge, zu denen, wie man glaubt, die britische Regierung in diesem Streit gelangt sei. Auenol werde kein Neuhörtes tun, um sich Italien nicht zu entfremden.

Starke Zurückhaltung in Paris

Paris, 4. Juli.
Im Mittelpunkt der Presseerörterungen steht gegenwärtig der Beschluß der englischen Regierung, Frankreich für eine Aktion der Verlegung des Italienisch-abessinischen Streitfalles zu gewinnen. Die gestrige Unterredung mit dem englischen Botschafter galt in erster Linie dieser Frage. Die Blätter bleiben anscheinend entsprechend einer Werbung des Außenministeriums sehr zurückhaltend. Man hält den Engländern vor, daß sie im Falle Abessinien jetzt den Völkerbundspakt anwenden möchten, dessen Geist und Inhalt sie selbst, wenn es um ihre eigenen Belange geht, nicht gerade pflichtlich behandeln. Wenn England jetzt Frankreich für die Anwendung der Völkerbundsbestimmungen gegen Italien zu gewinnen suche, sei zunächst eine Klärung der gesamten Atmosphäre notwendig.

Im Mittelpunkt des Interesses der heutigen Morgenblätter steht die gestrige Wochensitzung des Kabinetts, in der die drohende Gefahr eines Italienisch-abessinischen Krieges mit all seinen Folgen den Hauptgegenstand der Erörterungen gebildet haben soll. Allgemein wird berichtet, daß die nächste Vermittlung der Regierung dahin gehen werde, sich mit Frankreich ins Benehmen zu setzen. Allerdings wird bezweifelt, daß Frankreich bereit sein werde, sich in Gegenwart zu Italien zu setzen, besonders nachdem der Abschluß des deutsch-englischen Flottenabkommens

Der andere Weg, der zur Wahl steht, hat die Neuordnung der weltwirtschaftlichen Beziehungen und den Wiederaufbau des Weltmarktes zum Ziel. Seine Beschreibung steht die allgemeine Anerkennung des Grundgesetzes voraus, daß der Wohlstand einer Nation auf die Dauer von dem Wohlstand der anderen abhängt. Diese Erkenntnis führt zwangsläufig zu einer Zusammenarbeit, die sich entweder im Rahmen von Wirtschaftsgruppen oder auf internationaler Basis vollziehen kann. Eine weitere Voraussetzung für den Erfolg derartiger Bemühungen besteht in politischer Stabilität; es wäre ein nutzloses Beginnen, die unbestreitbaren Vorteile internationaler Arbeitsteilung und internationalen Warenaustausches ohne Vertrauen zum Frieden auszuschöpfen zu wollen. Nur auf der Grundlage friedensbereiter Zusammenarbeit ist der Wiederaufbau des Weltmarktes möglich.

Wie dieser Neubau aussehen würde, ist vorläufig noch ungewiß. Sicher ist nur das eine: Es kann kein Weg zurück sein. Die Neuordnung bedeutet nicht einfach die Wiederaufnahme früherer Beziehungen und die Herstellung des früheren Zustandes. Dazu sind die Veränderungen, die in den letzten Jahren vor sich gegangen sind, zu tiefgreifend und unwiderruflich gewesen, ein Prozeß, der sich keineswegs nur auf Europa beschränkt und auch jetzt noch nicht abgeschlossen ist. Die großartigste wirtschaftliche Expansion des 19. Jahrhunderts ist im wesentlichen beendet. Neben den mächtigsten Trägern dieser Entwicklung in Europa und Nordamerika sind nicht zu unterschätzende Kräftegruppen im Fernen Osten emporgewachsen, die ihrerseits zwangsläufig zu stürzender Expansion getrieben werden und dadurch den Eroberern früherer Jahrzehnte das Erreichte streitig machen. Diese Spannungen sind besonders nach dem Kriege in verstärktem Maße wieder in Erscheinung getreten. Die Welt ist enger geworden. Trotzdem hat die Produktivität im ganzen sehr beträchtlich zugenommen; es sei nur an die gewaltigen Erfolge landwirtschaftlicher Züchtung erinnert, die die Ertragsfähigkeit des Bodens stark gesteigert und die Fruchtbarkeitsgrenze Hunderte von Kilometern nach Norden in bisher unergiebigem Gebiete vorgeschoben haben; oder an die Fortschritte in der Erzeugung und Aufbereitung, die die Ausbeutung geringhaltiger und daher früher vollkommen wertloser Lagerstätten ermöglicht, an die Organisation der Massenproduktion u. v. a. Trotzdem fehlen bis heute, wie an einer großen Zahl von Beispielen zu erkennen ist, noch die Möglichkeiten, von diesen Segnungen in einer Weise Gebrauch zu machen, die wirtschaftliche Erschütterungen verhindert und allen Beteiligten erhöhten Nutzen gewährleistet. Wenn heute irgendwo etwas billiger und besser hergestellt werden kann, so werden sich unter den gegebenen Umständen viele Länder mit Schutzzöllen und Einfuhrverboten dagegen sperren.

Karwinsky bei Otto von Habsburg

Rückgabe des Habsburger Privatvermögens beabsichtigt — Dorexit jedoch keine Rückkehr der Habsburger

Wie bekannt wird, haben sich der Staatssekretär für Justiz Karwinsky, und der Legationsführer Baron Wiesner am vergangenen Sonnabend nach Steenoterjeel begeben. Sie werden für Freitag in Wien zurück erwartet. Ueber den Zweck der Reise erfährt man, daß die Verhandlungen, die seit einem Jahr in der Habsburger Frage in Wien zwischen den Vertretern des Hauses Habsburg und der österreichischen Regierung geführt wurden, im Steenoterjeel mit Otto von Habsburg beendet werden sollen. Wie es heißt, will Oesterreich den Habsburgern das gesamte im Jahre 1919 beschlagnahmte Vermögen bis auf Schönbrunn, die Hofburg und den Teil des Vermögens, der dem Invalidenfonds zugewiesen wurde, zurückerstatten. Gleichzeitig habe Karwinsky die Aufgabe, mitzuteilen, daß eine Rückkehr der Habsburger nach Oesterreich derzeit unmöglich und unerwünscht sei.

Englische Fühlungsnahme mit der deutschen und französischen Regierung

London, 4. Juli.
Times meldet: In Verfolg des Besuchs Edens in Paris steht die britische Regierung jetzt mit der französischen und der deutschen Regierung wegen des deutsch-englischen Flottenabkommens in Verbindung. Die Besprechungen werden auf dem üblichen Wege geführt und beziehen sich hauptsächlich auf den vorgeschlagenen Austausch von Flottenbauprogrammen zwischen den drei Ländern.

Die Haltung Frankreichs zur Frage der Veröffentlichung der Flottenbauprogramme

Zu den französisch-englischen Flottenbesprechungen wird von gut unterrichteter Stelle bemerkt, daß die britische Regierung vor einigen Tagen der französischen Regierung die Anregung unterbreitet habe, England, Deutschland und Frankreich möchten einander ihr Flottenprogramm mitteilen. Der Austausch der Angaben solle durch die Vermittlung Londons erfolgen. Obwohl von den französischen Antistellen jegliche Angabe über den dieser Anregung folgenden Meinungsaustrausch verweigert werde, scheine der englische Vorschlag in erster Linie jedoch einen grundsätzlichen Einwand hervorgerufen zu haben. Würde der Vorschlag angenommen — so wird bemerkt — gebe er schließlich damit dem deutsch-englischen Flottenabkommen die juristische Bestätigung, der die französische Regierung aus den bekannten Gründen bisher sorgfältig ausgewichen sei.

Ein Ministerrat unter Vorsitz des Bundeskanzlers Dr. Schulzinger beschloß, der vorbereitenden gesetzgebenden Körperschaft ein Bundesgesetz über die Abänderung der das Haus Habsburg-Bohringen betreffenden Ausnahmegeetze (Gesetz vom 3. April 1919 und vom 30. Oktober 1919) vorzulegen.

In einer amtlichen Bekanntmachung wird dazu erklärt, es handle sich um die Befreiung der „weder sachlich noch rechtlich begründeten Ausnahmebestimmungen“ gegen die Habsburger, soweit eine solche Aufhebung mit dem Staatsinteresse vereinbar sei.

104

Stadtbibliothek